
Buchbesprechungen

Michel Albert, Kapitalismus kontra Kapitalismus, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1992, 235 S., 48 DM.

Nachdem der Kommunismus, die säkulare Alternative zum Kapitalismus, seine historische Chance verspielt hat, gilt das alleinige Interesse wieder dem Kampf zwischen den konkurrierenden Spielarten des Kapitalismus. Zwar ist die Freude über die Niederlage des Kommunismus im Lager der Demokraten ungeteilt, gleichwohl sind die Folgen des Zusammenbruchs schmerzhaft. Wer den bitteren Nachgeschmack des westlichen Sieges bedenkt, braucht kein Apokalyptiker zu sein; es reicht die Sorge um die Zukunft. Genau die hat den 1930 geborenen Franzosen, Michel Albert, Präsident der AGF, der drittgrößten Versicherungsanstalt Frankreichs, motiviert, in seinem Buch „Kapitalismus kontra Kapitalismus“ die konkurrierenden Kapitalismen, ihre Attraktivität, ihre inneren Widersprüche sowie ihre Effizienz zu analysieren.

Den Sieg des Kapitalismus begreift Albert als das Ergebnis von drei „Schlachten“, die seit den achtziger Jahren das Terrain grundsätzlich umgewälzt haben: Am Anfang war die „konservative Revolution“ Thatchers und Reagans, die als „Revolution des Mrnirnalstaates“ (S. 9) darauf abzielte, den Interventions- und Steuerstaat abzubauen, gleichzeitig aber eine forcierte militärische Aufrüstung betrieb. Während der „totale“ Sieg über den Kommunismus, „völlig kampflös errun-

gen“ (S. 9) werden konnte, bedurfte es auf dem Weg zum dritten Sieg, dem über die Länder der „Dritten Welt“, einer aufwendigen, technisch und medial inszenierten Schlacht im Golfkrieg gegen den irakischen Diktator. Dieser Sieg biete langfristig die Grundlage dafür, daß die „betrogenen Massen denselben Weg einschlagen wie diejenigen in den kommunistischen Ländern. Den Weg zum Kapitalismus“ (S. 10).

Albert geht von einer grundsätzlich positiven Haltung zum Kapitalismus aus, indem er auf dessen „beispiellose historische Funktion“ verweist, „den Mangel, den Hunger und die Unterdrückung zurückzudrängen“ (S. 10). Damit er diese Aufgabe erfüllen und aus der positiven Wirtschaftsbilanz auch ein „Kapitalismus mit menschlichen Antlitz werden“ kann, bedürfe es allerdings einer auch ethisch und machtpolitisch fundierten Regulierung und Domestizierung seiner realen und möglichen negativen Auswüchse.

Während der rheinische Kapitalismus in der Vergangenheit annähernd eine solche Wirkung erreichte, bergen dessen internen Widersprüche und die Herausforderung durch das neoamerikanische Kapitalismusmodell die Gefahr in sich, daß diese Zivilisierungskraft in Zukunft fehle. Indem Albert die Kampfbataillone in rheinische und neoamerikanische Truppen trennt, verwirft er unsere gewohnte Optik, die auf den Wettbewerb der Triadenmächte Europa, USA und Japan fixiert ist. Das rheinische Modell, zu dem

nicht nur Deutschland, Frankreich, die Schweiz, die Niederlande u. a., sondern auch Japan gezählt werden, charakterisiert Albert durch langfristiges Planen und Denken, Konsensorientierung, gemeinschaftlichen Erfolg und gemeinschaftliche Institutionen, durch Unternehmen, die sich als Interessengemeinschaft verstehen und eine hohe Selbstfinanzierungsquote besitzen, überproportional stark export-, produktivitäts-, ausbildungs- und innovationsorientiert sind, durch einen vergleichsweise hohen Industrieanteil, durch die Dominanz der Banken und die Macht der Manager, durch relative soziale Sicherheit und ein „Klima ziviler Mobilisierung“ (S. 145), eine „Kultur der Ökonomie“ (S. 142) und ein relativ hohes Maß an sozialer Sicherheit, hoher politischer Stabilität und eine große Sparquote. Kurzum: Das rheinische Modell verkörpere eine „Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialdemokratie“ (S. 127), das dem neoamerikanischen Modell nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch überlegen sei.

Dagegen basiere das neoamerikanische Modell auf individuellem Erfolg, kurzfristigem Profit, einem hohen Maß an Ungleichheit, einem reduzierten Staat, vergleichsweise geringen Steuerabgaben, einer strikten Währungskontrolle, Deregulierung, Privatisierung und der Vorherrschaft des Aktionärs. In dem Maße, wie die sozialen Regeln, die das Feld des Kapitalismus eingrenzen, abgebaut werden, tendiert das neoamerikanische Modell zum reinen Kapitalismus.

Die soziale und ökonomische Überlegenheit des rheinischen Modells führt Albert auf die zentrale Stellung der Banken und die quasi arbeitsgemeinschaftliche Zusammenarbeit mit den Unternehmen zurück, die an einer langfristigen, gleichwohl risikoorientierten Entwicklung des Industriekapitalismus interessiert seien. Dagegen stehe im Mittelpunkt des neoamerikanischen Kapitalismus der Spekulant, der Aktionär, der auf kurzfristige Gewinne fixiert ist und das Unternehmen nicht als Interessengemeinschaft, sondern als „cash-flow-Maschine“ (S. 80) be-

greift, aus der er auf Kosten der Forschung, Modernisierung und Weiterbildung möglichst viel herausholen will.

Obwohl der rheinische Kapitalismus ökonomisch und sozial überlegen sei, sieht Albert die Tendenz, daß das weniger effiziente neoamerikanische Modell sich durchsetzt. Dieser Kapitalismus entfalte vor dem Hintergrund von Individualisierung und Globalisierung eine psychologisch, kulturell und politisch größere Attraktivität als das rheinische Modell. Der neoamerikanische Kapitalismus sei ein „Medienstar“, der vermittelt über die Globalisierung der Finanzwirtschaft und die Mediatisierung der Wirtschaft, seinen Siegeszug angetreten habe.

Neben der kulturellen und psychologischen Vorherrschaft des neoamerikanischen Kapitalismus sind es vor allem die internen Widersprüche des rheinischen Modells, die seine eigene Zukunft gefährden. „Das rheinische Modell hat den Nachteil, praktisch auf allen Ebenen gegen den Strom zu schwimmen. Der soziale Konsens, auf dem es beruht, ist mit der Abkehr von der gewerkschaftlichen Organisation und der allgemeinen Krise der gemeinschaftlichen Institutionen kaum vereinbar. Die Sorgfalt, die es auf das langfristige Denken setzt, ist mindestens augenscheinlich nicht vereinbar mit der gefräßigen Konsumierung des Unmittelbaren. Die organische und gemeinschaftliche Konzeption des Unternehmens, auf die es sich stützt, geht nicht einher mit dem phrenetischen Individualismus, der vorherrscht. Sein Mißtrauen gegenüber Börsenspekulationen, die langsamen und regelmäßigen Karrierepläne, die es seinen Führungskräften anbietet, haben den Geruch einer veralteten Moral. Der soziale Schutz und die Sicherheit, die es den Arbeitnehmern bietet, passen kaum zu dem Traum einer heroischen und abenteuerlichen Existenz“ (S. 197).

Nicht nur in West-, sondern auch in Osteuropa existiert ein hohes Maß an Akzeptanz, teilweise sogar Faszination, für das neoamerikanische Modell. Dabei sind dessen Auswirkungen in Osteuropa ver-

heerend, denn die „Bremsen, Gegengewichte, Korrektive, die man in den USA beobachten kann, existieren (hier) nicht oder funktionieren nicht auf dieselbe Art und Weise“ (S. 201). Eine Hoffnung, daß der Siegeszug des neoamerikanischen Kapitalismus gestoppt werden können, sieht Albert am ehesten noch von Deutschland ausgehen, das bereits in der Vergangenheit durch die Synthese „zwischen Leistungskraft und Solidarität“ (S. 204) den Prototyp des rheinischen Modells verkörpert habe. Und nun durch sein Handeln im Einigungsprozeß - den er als das Ergebnis einer langfristigen Vision der Interessen des Landes deutet, bei der die privaten Interessen zurückgeschraubt worden seien - zum Vorbild für den Weg zu den vereinigten Staaten von Europa werden könne.

Mit seiner scharfen Profuierung und Gegenüberstellung zwischen rheinischem Kapitalismus und neoamerikanischem Modell hat Albert einen intelligenten Beitrag zur aktuellen Standortdebatte vorgelegt, der die historische, politische, kulturelle und ökonomische Tiefendimension der konkurrierenden Kapitalismen (Individualität versus Gemeinschaft, Wettbewerb in der Produktion versus Spekulation an der Börse etc.) herausarbeitet und damit gegen eine quantifizierend vereinfachende Diskussion (Löhne, Arbeitszeit) argumentiert. Ob seine Gegenüberstellung allerdings nicht selbst eine Vereinfachung darstellt, bedarf der Erörterung. Möglicherweise ist sie selbst ein Kind der bipolaren Blockkonfrontation, die mit dem Schwinden derselben fragwürdig geworden ist. Und: Ist es pausibel, Japan einfach dem rheinischen Modell unterzuordnen? Ist es nicht viel mehr notwendig, die produktivste und innovativste Wirtschaftsmacht der Erde, als eigenständiges Modell zu thematisieren? Unberücksichtigt bleibt auch der Regierungswechsel in den USA und seine Auswirkungen auf das neoamerikanische Modell: Nähern sich die Vereinigten Staaten nicht vielleicht dem rheinischen Modell an?

Wolfgang Schroeder
Frankfurt/M.

Christoph Butterwegge/Eva Senghaas-Knobloch (Hrsg.), Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion? Die Neuordnung der Internationalen Beziehungen, Abrüstung und Regionalentwicklung nach dem Kalten Krieg, Lit-Verlag, Münster/Hamburg 1992, 350 S., 29,80 DM.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der deutschen Vereinigung und der damit verbundenen Abrüstung hat der Begriff der (Rüstungs-)Konversion, der in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre seinen Beginn nahm, wieder Konjunktur, nachdem es um ihn während der konservativen Revolution der achtziger Jahre so still geworden war - trotz Perestroika. Selbst das Internationale Arbeitsamt hat im letzten Jahr ein umfangreiches vergleichendes Projekt „Abrüstung und Beschäftigung“ abgeschlossen. Für die Bundesrepublik wurde 1990 die umfangreichste derartige Studie von Lutz Köllner und Burkhard J. Huck herausgegeben. Fast gleichzeitig mit dem hier zu besprechenden Band erschien zudem von Hans-Joachim Gießmann herausgegeben der Sammelband „Konversion im vereinten Deutschland“. Es ist sicherlich kein Zufall, daß es sich hierbei zum großen Teil um dieselben Autoren handelt, denn die Zunft der Konversionsforscher in der Bundesrepublik ist noch immer auf einige Dutzend beschränkt. Dies mag in Beziehung zu den zigtausend gesetzt werden, die noch an Militärforschung arbeiten.

In unserer kurzlebigen Zeit ist es sinnvoll, Konzepte und Programme in kurzen Abständen zu überprüfen. Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis eines Kongresses, den die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung zusammen mit der Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen sowie der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ am 9. November 1991 - exakt zwei Jahre nach dem Fall der Mauer — durchgeführt hat. Dort kamen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Fach Journalisten, Gewerkschafter, Betriebsräte, Militärs, in der Friedensbe-

wegung Aktive und Politiker zu Wort. 23 der Beiträge sind in dem Band dokumentiert. Er gliedert sich in drei Teile: I. Probleme und Perspektiven einer europäischen Friedensordnung; II. Abrüstung, Konversion und regionale Strukturpolitik; sowie III. Akteure und Handlungsfelder der Konversion. Die Einteilung scheint dabei einer Logik vom Allgemeinen zum Besonderen bzw. von der Makro- über die Meso- zur Mikro-Ebene zu folgen. Dies ist aber keineswegs so trennscharf, und wir finden eine Reihe von ähnlichen Argumenten an verschiedenen Stellen. Aber dies muß ja kein Unglück sein, schließlich ist Redundanz ein wichtiges pädagogisches Prinzip.

Der Schwerpunkt der Einzelstudien hegt auf dem sogenannten „Bremer Modell“, in dem eine Verknüpfung von Friedensforschung, Wirtschaftspolitik und gewerkschaftlichen Aktionen in den Betrieben zumindest teilweise verwirklicht wurde. Der Mitherausgeber, Christoph Butterwegge, Sprecher des Beirats der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, und Wolfram Eisner, der Vorsitzende des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung, kommen als Aktive zu einer kritischen Einschätzung des bisher Erreichten und insbesondere der Verknüpfung von regionaler Wirtschaftspolitik und Konversion. Andere untersuchte Regionen sind mit Beiträgen von Potthoff, Grundmann, WeUmann über Konversion in Schleswig-Holstein, in Zweibrücken von Gettmann, sowie in der ehemaligen DDR von Opitz, Gießmann, Domke und Vogt berücksichtigt. Überall wird ein deutliches Demokratiedefizit bei der Abrüstung deutlich. Wenn auch an manchen Stellen die berühmten runden Tische eingeführt wurden, so sind sie zumeist zur nachträglichen Legitimierung von längst gefaßten Entscheidungen gekommen. Standort- und Militärplanung sind weiter das Prärogativ der Bundeswehr, Parlament und selbst Regierung haben kaum Einwirkungsmöglichkeiten.

Deutlich wird auch einmal mehr in diesem Band das Defizit an Ökonomischer Kompetenz der Friedensbewegung, die

gerade bei der Produkt-, Produktions-, Standort-, Personalkonversion gefragt sind. Konversion konnte nie einen zentralen Stellenwert in der Friedensbewegung erhalten. Es dominier(t)en die globalen Bedrohungs- und Abrüstungsszenarien. Die Mühe der Detailtransformationen übersteigt offensichtlich das Interesse der meisten Friedensbewegten. Erfreulich ist dagegen, daß es den Herausgebern gelang, nicht nur Autoren aus der Friedensforschung zu gewinnen, sondern auch General a. D. Wolfgang Altenburg und Helmut Füßinger, Marketingleiter bei der STN, der Systemtechnik Nord.

Welche Rolle spielen nun denn die Gewerkschaften in diesem Prozeß? Ihre Haltung ist weiterhin recht ambivalent. Zwar sind wir zum Glück weit entfernt von den siebziger Jahren, als Betriebsräte noch für die Aufhebung des Waffenexports nach Chile demonstrierten, aber das Arbeitsplatzargument dominiert doch noch in den meisten betrieblichen und lokalen Stellungnahmen von Personal-, Betriebsräten und gewerkschaftlich orientierten Lokalpolitikern. Selbst die Kollegin Monika Wulf-Matthies fordert in ihrem Brief an den Bundeskanzler vom Oktober 1991, daß „die Beschäftigten, die seit Kriegsende (? G. S.) mit dazu beigetragen haben, die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik zu stärken und den Frieden zu sichern, (...) jetzt nicht zu Opfern des Abrüstungsprozesses werden (dürfen), den sie, wie wir alle, politisch bejahen.“ (ÖTV-Magazin 10/1990). Das Sankt-Floriansprinzip feiert überall fröhliche Urständ. Dabei sollten wir uns von dem Arbeitsplatzargument, das im übrigen zumeist von interessierten Politikern und Unternehmerkreisen bei Bedarf benutzt wird, trennen. Arbeitsplätze sollten und dürfen kein Selbstzweck sein, gerade nicht im Militärbereich, sondern sie sollten nur für gesellschaftlich nützliche Produktionen und Dienstleistungen bestehen, wie uns das Beispiel von Lucas-Aerospace aus den siebziger Jahren als entscheidender Durchbruch zur Konversionsdiskussion lehrt. Insofern ist Militärkonversion und Regionalentwicklung als eng vernetzt zu

sehen und die Region als angemessene und bürgernahe Einheit zu betrachten.

Insgesamt, so das Resümee der Autoren, kann leider bisher nicht von einer echten Abrüstung gesprochen werden. Es handelt sich viel mehr um eine Internationalisierung und Modernisierung, eine Umrüstung als um qualitative Abrüstung. Damit verbunden sind immer weniger Einwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter. Die quantitative Abrüstung läßt bisher von der vielbeschworenen und erhofften Friedensdividende noch nichts spüren. Für großen Optimismus ist daher derzeit leider kein Anlaß.

György Szell
Osnabrück

Al Gore, Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1992, 383 S., 39,80 DM.

Als „Ozon-Mann“, als einen Schwärmer mit überzogenem Umweltbewußtsein, so hat George Bush im US-Wahlkampf von 1992 den damaligen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, Al Gore, bezeichnet. Was höhnisch gemeint war, sollte eigentlich als Ehrentitel gelten, denn Gore gehört zu den wenigen Politikern an führender Position in der westlichen Welt, die die Dimension der ökologischen Herausforderung begriffen haben. Dies zeigt sein Buch „Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde“, das mittlerweile auch auf deutschen Bestsellerlisten ganz oben steht.

Gores 15 Kapitel umfassendes Buch ist in drei Teile gegliedert. Zunächst wird eine Bestandsaufnahme der globalen Umweltgefährdung geliefert, wobei es um Bodenerosion, die Klimaveränderungen, Luftverschmutzung, Trinkwasser-Verknappung, den Rückgang der Artenvielfalt, Meeresverschmutzung, die Ausbreitung der Wüsten und unkontrollierbar

wachsende Müllberge geht. Im zweiten Teil fragt Gore nach den Ursachen für die ökologische Krise, die er in mangelnder Selbstverantwortung, dem Ignorieren der langfristigen wirtschaftlichen Schäden durch Umweltverschmutzung, dem Glauben an die Allmacht neuer Technologien, einem von der Natur losgelöstem Verständnis von Zivilisation und ganz allgemein in der Trägheit des menschlichen Geistes sieht.

Und schließlich skizziert der Autor seine Vorstellungen für den ökologischen Wandel, die er in fünf strategischen Zielen sieht: der Stabilisierung der Weltbevölkerung, der schnellen Schaffung und Entwicklung ökologisch angepaßter Technologien, einer umfassenden, allgemeingültigen Veränderung der wirtschaftlichen Spielregeln, der Aushandlung und Verabschiedung einer neuen Generation internationaler Abkommen und dem Aufbau eines kooperativen Bildungsplans für die Aufklärung der Weltbevölkerung über die globale Umwelt. Gore fordert, „die Rettung der Umwelt zum zentralen Organisationsprinzip unserer Zivilisation zu machen“ (S. 267).

Das was beschrieben wird, sowohl hinsichtlich der Bestandsaufnahme als auch der Ursachenanalyse und den Lösungsvorschlägen, ist nicht neu. Derartige Auffassungen sind schon seit Jahren von Vertretern der internationalen Umweltbewegung immer wieder formuliert worden. Das eigentlich Neue ist, daß erstmals ein wichtiger Politiker, wenn auch nur in der Funktion des potentiellen Ersatzmannes, derart klar die politische und gesellschaftliche Herausforderung durch die globale ökologische Situation benennt und „eine weltweite Antwort“ (S. 297) darauf einfordert. Neu ist auch, daß ein solcher Politiker gegenüber den mehr provinziell vor sich hin agierenden politischen Eliten des Westens fordert: „Aufgeklärte Regierungen und ihre führenden Persönlichkeiten müssen eine größere Rolle bei der Verbreitung des Problembewußtseins und der Formulierung praktischer Lösungen spielen und eine Vision der Zukunft bieten, die wir schaffen wollen“ (S. 176).

Gore trägt seine Auffassungen keineswegs nur im Sinne einer eher trocken wirkenden global-ökologischen Abhandlung mit ökotechnokratischem Touch vor, sondern vermittelt auch persönliche Noten. Dazu gehören neben der Schilderung des Schocks eines familiären Schicksalsschlages und der daraus gezogenen Folgerungen für das politische Engagement auch die Eindrücke von privaten Reisen an die Orte ökologischer Krisen. Deutlich wird in der Darstellung auch die religiöse Prägung des gläubigen Baptisten Gore, der für die Wiedervereinigung von Wissenschaft und Religion (S. 256) plädiert und von der Religion auch eine Anhebung der ethischen Verantwortung für die Natur erwartet - eine etwas problematische Position. Und schließlich wird auch ein gewisses nationales Sendungsbewußtsein deutlich, wenn er den USA die Führungsrolle bei der neuen Umweltpolitik zuweist (S. 173).

Den Schlüssel zu den notwendigen Veränderungen sieht Gore in einem „neuen Denken“ (S. 51): „Die größte Gefahr für unsere Umwelt besteht nicht in der globalen Bedrohung selbst, sondern in unserer

Wahrnehmung dieser Bedrohung, denn die meisten Menschen wollen den Ernst der Lage nicht wahrhaben“ (S. 52). Über ein durch Aufklärung bewirktes Anheben unseres begrenzten Vorstellungsvermögens vom Ausmaß der globalen Umweltbedrohung hofft der Autor, Änderungen in Gang zu setzen. So notwendig damit verbundene Forderungen sein mögen, so ignoriert diese Fixierung auf Probleme der Erkenntnis doch, daß es sehr wohl auch (ökonomische) Interessen(gruppen) gibt, die einer Änderung der Umweltpolitik im Wege stehen. Damit zusammenhängende Probleme geht Gore nur am Rande an (S. 366).

Die formulierte Kritik kann und will die Bedeutung des Buches aber nicht mindern. Es macht mit der Popularität seines Autors einem breiten Publikum die Dimension der globalen ökologischen Herausforderung deutlich und fordert zur notwendigen Veränderung heraus. Auch hier gilt der Slogan aus dem Clinton/Core-Wahlkampf: „It's time for change“.

Armin Pfahl-Traugher,
Bad Endbach